

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

OKTOBER 2010

BOUFFIER FEHLEN ZÜNDENDE IDEEN



Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Landesvorsitzender

„Getretner Quark wird breit – nicht stark.“ Goethes Zitat passt wunderbar zur Regierungserklärung des neuen hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Ein Wortschwall von 90 Minuten, aber keine zündende Idee für unser Land. Alles bleibt beim Alten – der Stillstand hat ein neues Gesicht. Das ist schlecht für Hessen.

Die Tonlage hat sich verändert, das Angebot zur Zusammenarbeit steht im Raum. Aber ist dem zu trauen? Mein Vorschlag zu einem Spitzengespräch der Regierung und der anderen Fraktionschefs zur Bildungspolitik ist von Ministerpräsident Bouffier bereits ausgeschlagen worden. Dabei hat die SPD-Fraktion mit dem Entwurf für ein neues hessisches Schulgesetz den Maßstab für die bildungspolitische Debatte in Hessen gesetzt. Auf dieser Basis können Chancengleichheit und individuelle Förderung verwirklicht werden. Aber Herr Bouffier will nicht einmal darüber reden.

Auch beim Thema Schuldenbremse sind wir Sozialdemokraten die Vordenker. Wir haben einen Vorschlag erarbeitet, der nicht die Schuldenbremse zum einzigen Ziel erhebt, sondern der klar festschreibt: Wir brauchen auch die notwendigen Einnahmen, damit dieser Staat nicht kaputtgeht, sondern seine Aufgaben erfüllen kann. Eine Schuldenbremse, die den Geldhahn für Bildung, Soziales oder innere Sicherheit abdreht, ist nur etwas für Leute, die schon immer Staatsabbau und Privatisierung predigen.

Zentral ist für uns auch die Forderung, dass am Ende nicht die Städte, Gemeinden und Kreise die Zeche zahlen und sich das Land auf ihre Kosten saniert. Und diese Regierung ist ja dabei, die Kommunen zu schröpfen. Wir wollen, dass die Verfassung die Kommunen schützt. Auch das sieht unser Vorschlag vor. Jetzt wird sich zeigen, wie gesprächsbereit Schwarz-Gelb tatsächlich ist.

Wir werden uns nicht täuschen lassen, wenn sich hinter der Maske vermeintlicher Jovialität des neuen Ministerpräsidenten ein knallharter Rechtsruck verbirgt. ■

FAIRNESS AUF DEM ARBEITSMARKT

Ein Bericht vom Berliner Parteitag von Michael Roth, MdB

Profil zeigen, Fehler korrigieren, Perspektiven entwickeln. Wichtige Impulse gingen dabei von der hessischen SPD aus. Ihr Konzept „Arbeit und Gerechtigkeit“ ist maßgeblich in den Leit-antrag zu den arbeitsmarktpolitischen Reformen eingeflossen.

Fortsetzung Seite 3



EINLADUNG ZUM KONGRESS „DIE STADT VON MORGEN HEUTE GESTALTEN“

22. Oktober 2010,
15.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Saalbau Gallus,
Frankenallee 111
60326 Frankfurt am Main

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat sich intensiv mit der Frage einer gerechten Stadtpolitik beschäftigt und ein Positionspapier erarbeitet (Seite 8). Dieses Papier ist Grundlage für ihren Großstadtkongress in Frankfurt, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind.

Mehr Infos:
www.spd-fraktion-hessen.de

SCHULDENBREMSE STATT HESSEN-BREMSE

KOMMUNALFEINDLICHE POLITIK VON SCHWARZ-GELB AM 27. MÄRZ ABWÄHLEN!

Michael Roth MdB, SPD-Generalsekretär

Schwarz-Gelb in Hessen hat fertig. Darüber können auch keine Personalwechsel in der Staatskanzlei und ein paar neue Gesichter im Kabinett hinwegtäuschen. Die sehen bereits jetzt alle ganz schön alt aus. Vor allem Volker Bouffier, der enge Weggefährte von Roland Koch und hessische Skandalminister Nummer eins.

Neue Ideen und Impulse für unser Land sucht man bislang vergeblich. Wenn es da nicht die Schuldenbremse gäbe. Ab 2020 soll es dem Land nicht mehr möglich sein, neue Schulden zu machen. Das haben CDU und FDP in Wiesbaden vorgeschlagen. Darüber sollen alle Bürgerinnen und Bürger mit den Kommunalwahlen abstimmen.

Schauen wir uns die Schuldenentwicklung in Hessen mal genauer an: 1999 hatte Hessen einen Schuldenberg von 23 Milliarden Euro. Doch dabei ist es nicht geblieben. Schwarz-Gelb hat immer mehr aufgetürmt: In bislang elf Regierungsjahren haben CDU und FDP aus dem Schuldenberg einen „Schulden-Mount-Everest“ gemacht. Ende 2010 werden es rund 40



Milliarden Euro Schulden sein. Und auch für die kommenden Jahre werden die Verbindlichkeiten abermals um Milliarden anwachsen. Ende 2014 sind es 48 Milliarden. Roland Koch und Volker Bouffier haben fast doppelt so viele Schulden angehäuft wie alle ihr Vorgänger in rund fünfzig Jahren zuvor!

→ Fortsetzung auf Seite 2

FEIERSTUNDE MIT EGON BAHR

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag lädt aus Anlass des 20. Jahrestags der deutschen Wiedervereinigung am 5. Oktober um 18.00 Uhr sehr herzlich zur Feierstunde in den Hessischen Landtag nach Wiesbaden ein. Gastredner ist der „Architekt der Ostver-

träge“, Egon Bahr. Die Wiedervereinigung war nicht zuletzt das Ergebnis der Ostpolitik, mit der Bundeskanzler Willy Brandt die Weichen zur Überwindung des Ost-West-Konflikts gestellt hat. Musikalisch umrahmt wird der Festakt vom Streichquartett der Justus-Liebig-Universität.



EUROPA BEKOMMT „FINANZMARKT-POLIZEI“

Die Europäische Union wird ihre Finanzaufsicht reformieren. Das Europaparlament stimmte in Straßburg mit großer Mehrheit für ein entsprechendes Gesetzespaket. Demnach werden drei neue EU-Behörden geschaffen, die eine Art "Finanzmarktpolizei" sein sollen. Sie kontrollieren ab kommendem Jahr Banken, Versicherungen und den Wertpapierhandel. Sitz der Versicherungsaufsicht wird Frankfurt sein, die Bankenbehörde kommt nach London und die Börsenaufsicht nach Paris.

Udo Bullmann, Mitglied des Europäischen Parlaments aus Hessen, feierte das als großen Sieg des Parlaments. „Es wird eine echte europäische Aufsicht geben. Wir haben durchgesetzt, dass die europäischen Aufseher an den Märkten durchgreifen können. Die Mitgliedstaaten wollten sie an den Katzentisch setzen, aber nun können sie im Chefsessel Platz nehmen“, betonte Udo Bullmann. Dies sei insbesondere dem beharrlichen Druck der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken.

Er freut sich über die starken Rechte der neuen Behörden. „So können die drei neuen Aufsichtsbehörden etwa riskante Finanzprodukte vorübergehend vom Markt nehmen.“ Wenn beispielsweise „Müllprodukte“ auf dem Markt seien, die die Altersversorgung der Menschen ruinieren, dann könne der europäische Aufseher eingreifen. ■

→ Fortsetzung von Seite 1

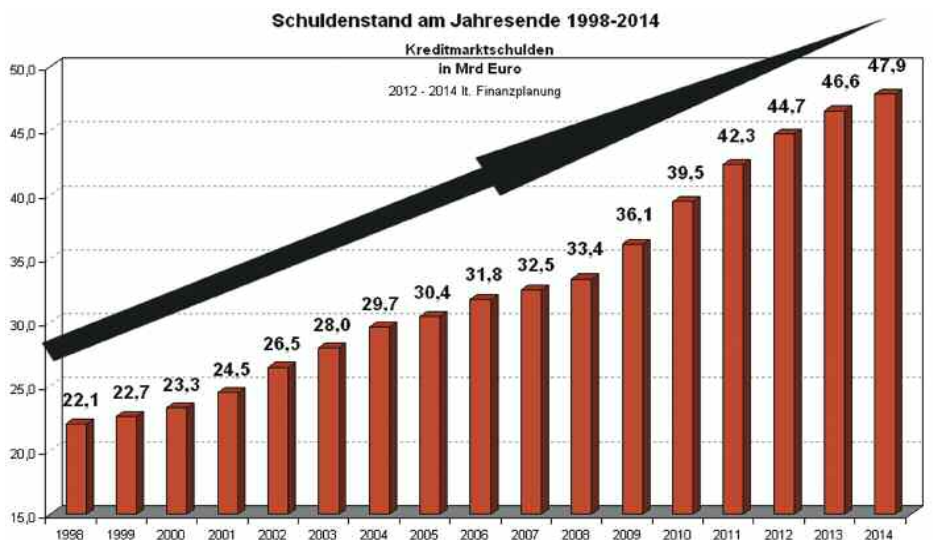
SCHULDENBREMSE STATT HESSEN-BREMSE!

Die größten „Schuldenbarone“ in der Geschichte Hessens sind schlicht nicht glaubwürdig, wenn es um mehr Verlässlichkeit und Solidität in der Haushaltspolitik geht!

Die Schuldenbremse darf nicht zu einer Hessen-Bremse werden. Wir brauchen jetzt eine offensive Debatte darüber, welchen Staat wir eigentlich wollen. Wie werden gerechte Bildung, Sicherheit oder Umweltschutz finanziert? Was passiert in Wirtschaftskrisen, bei Naturkatastrophen oder bei Steuergesetzen des Bundes, die auf Länder und Kommunen durchschlagen? Bislang schweigt sich Schwarz-Gelb dazu aus. Eine Haushaltskonsolidierung geht nicht nur über Einsparungen. Die hessische SPD hält ein handlungsfähiges Gemeinwesen für zwingend, gute Bildung und Sicherheit für alle sind mit einem schwachen Staat nicht zu machen. Erst recht nicht mit bankrotten Kommunen. Die werden jedoch von Schwarz-Gelb systematisch ausgeplündert.

Voraussetzung für unsere Zustimmung zur Schuldenbremse ist daher, dass die Kommunen nicht die Zeche zahlen. Wir fordern die Landesregierung auf, bereits im nächsten Jahr konkrete Schritte einzuleiten, um bis 2020 das Ziel einer soliden Haushaltsführung zu erreichen.

Und das nicht auf dem Rücken der Kommunen, von Schülerinnen, Schülern, Polizisten und sozial Schwachen. Die beste Schuldenbremse ist daher immer noch die Abwahl der schwarz-gelben kommunalfreundlichen Politik. Und zwar am 27. März 2011. ■



DIE SCHWARZGELD-GEDÄCHTNISSTÄTTE

Ende August hat die CDU Hessen ihre Landesgeschäftsstelle in „Alfred-Dregger-Haus“ umbenannt. „Die CDU profitiert noch heute von den Schwarzgeldkonten. Das macht der neue Namen nicht vergessen“, erklärte Generalsekretär Michael Roth. Der neue Name sei eine Streicheleinheit von Volker Bouffier an den ultrakonservativen Flügel der CDU und die Erben Alfred Dreggers („Freiheit statt Sozialismus!“).

Die CDU habe die Geschäftsstelle 1988 unter der Verantwortung des damaligen Generalsekretärs Franz-Josef Jung für rund 3,5 Millionen DM gekauft, obwohl sie damals praktisch pleite war. Kurze Zeit später sei dem Landesverband dann die passende Summe von den Schwarzgeldkonten als angebliches Vermächtnis überwiesen worden.

„Haus Zaunkönig wäre daher der bessere Name“, schlug Michael Roth vor. In dieser Stiftung hatte die CDU ihr Schwarzgeld gebunkert. Im Haus dann einen „Prinz-Wittgenstein-Saal“, ein „Manfred-Kanther-Zimmer“ und eine „Horst-Weyrauch-Stube“ ... ■

NEUE LANDESGESCHÄFTSSTELLE EINGEWEIFT

Nach dem Umzug im Sommer hatte der SPD-Landesverband Anfang September zur Einweihungsfeier der neuen Landesgeschäftsstelle in der Rheinstraße 22 eingeladen. Generalsekretär Michael Roth begrüßte

die zahlreichen Gäste, zu denen neben Thorsten Schäfer-Gümbel unter anderem auch Verdi-Bezirksleiter Jürgen Bothern, Heidi Wiczorek-Zeul und andere Mitglieder der Landes- und Bezirksverbände sowie der Landtagsfraktion gehörten. „Wir haben nun ideale Räumlichkeiten für unsere zukünftige Arbeit gefunden – und das zu vernünftigen Bedingungen.“ Auch Thorsten Schäfer-Gümbel freute sich über den Umzug. Jetzt habe die Friedrich-Ebert-Stiftung, die in die alten Räumlichkeiten des Landesverbands wechselte, endlich einen Sitz in Wiesbaden. ■



Neue Räume für die Zukunft. Michael Roth begrüßt zur Eröffnung der neuen Landesgeschäftsstelle.



Das lesen Hessen an der Grenze zu Rheinland-Pfalz. „Keine Neiddebatte zwischen unseren Bundesländern“ – Thorsten Schäfer-Gümbel und Heike Raab in Mainz.

FOTO: MICHAEL FRÄNKEL

FOTO: GERT-UWE MENDE

FAIRNESS AUF DEM ARBEITSMARKT

BESCHLÜSSE DES BUNDESPARTEITAGES TRAGEN UNSERE HANDSCHRIFT

von Michael Roth MdB, SPD-Generalsekretär

Profil zeigen, Fehler korrigieren, Perspektiven entwickeln. Dazu hat der Berliner Bundesparteitag einen weiteren notwendigen Beitrag geleistet. Wichtige Impulse gingen dabei von der hessischen SPD aus. Nicht zuletzt unser Konzept „Arbeit und Gerechtigkeit“ ist maßgeblich in den Leitantrag zu den arbeitsmarktpolitischen Reformen eingeflossen.

Anfang des Jahres haben wir auf unserem Hessen-Gipfel in Friedewald erste Überlegungen beraten und damit nicht nur einen innerparteilichen Diskussionsprozess eröffnet. Gewerkschaften, Sozial- und Wirtschaftsverbände, Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, uns ihre Standpunkte zu verdeutlichen. Das haben sie getan. Damit hat die hessische SPD wieder einmal an die gute Tradition angeknüpft, programmatischer Impulsgeber der Sozialdemokratie zu sein. Im Beschluss des Bundesparteitages „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ ist unsere Handschrift deutlich erkennbar. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I bei Qualifizierung, die Begrenzung der Leiharbeit, die Einführung eines sozialen Arbeitsmarktes und flächendeckende Bildungsangebote für alle Kinder gehen auf unsere

Vorschläge zurück. Darauf können wir zu Recht stolz sein.

Die Diskussion über ein zukunftsweisendes und solidarisches Modell der Altersvorsorge wird leider allzu oft auf das Schlagwort „Rente mit 67“ verkürzt. Hier sollten wir nicht zu kurz springen. Wir Hessen haben dazu im Konzept „Arbeit und Gerechtigkeit“ gefordert, dass statt einer starren Altersgrenze jeder nach spätestens 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen können muss. Dabei sollen Erziehungszeiten, die Pflege von Angehörigen und Wiedereingliederungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt einfließen und Arbeitnehmer mit körperlicher Belastung besonders gefördert werden.

Wie auch langfristig eine existenzsichernde Altersvorsorge für alle finanziert und gestaltet werden kann, braucht weitere Antworten. Insofern war es gut, dass sich die Partei Zeit nimmt, ein Konzept zu entwickeln, das unseren Maßstäben an die Rente angemessen Rechnung trägt. Die solidarische Bürgerversicherung in der Gesundheit zeigt, wie es gehen kann. Auch hier haben wir Hessen an entschei-



FOTO: DIRK BLECKER

dender Stelle Ideen geliefert und Weichen gestellt. Endlich scheinen auch wirtschafts- und finanzpolitische Forderungen der hessischen SPD auf fruchtbaren Boden zu fallen. Die Solidargesellschaft ist auf ein gerechteres Steuersystem zwingend angewiesen. Steuererhöhungen für Einkommensstarke sind dabei unausweichlich. Seit Jahren fordern wir die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Entlastung des Mittelstands und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Der Bundesparteitag sieht das nunmehr genauso. Gut so! Wir werden auch weiterhin aktiv dazu beitragen, unsere SPD zu alter Stärke zurückzuführen: durch überzeugende Inhalte und eine faire Diskussionskultur. Darauf kann sich die Bundespartei verlassen. ■

„ENTSCHIEDEN FÜRS EHRENAMT“

Landesaktionswoche vom 5. bis 12. Dezember

Die Landesaktionswoche 2010 steht unter dem Motto „Entschieden fürs Ehrenamt“. Dabei wollen wir auf allen Ebenen in Hessen mit möglichst vielen engagierten Bürgern ins Gespräch kommen, unsere Wertschätzung für deren Leistungen ausdrücken und uns an Projekten vor Ort beteiligen. Aktuelle Probleme sollen thematisiert und Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Start ist der Internationale Tag des Ehrenamts am 5. Dezember. Auf Landes- und Bezirksebene ist bereits einiges in Planung: Beide Bezirke verleihen Preise für herausragendes Engagement, die SPD Hessen wird Eckpunkte für ein Ehrenamtsgesetz vorstellen, die Landesforen Veranstaltungen organisieren.

Ortsvereine, Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften sind aufgefordert, sich vor Ort mit eigenen Projekten zu beteiligen: zum Beispiel mit Adventsfeiern, Einladungen an örtliche Vereine, Diskussionsveranstaltungen, einem „Tagespraktikum“ o. Ä. Zur inhaltlichen Unterstützung gibt's ein Faltblatt ab Mitte November. Weitere Infos in der Landesgeschäftsstelle unter E-Mail: michael.fraenkel@spd.de oder Telefon 06 11-9 99 77 38 ■

GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE – AKTIONSTAG BILDUNG ERFOLGREICH

Auch in diesem Jahr beteiligten sich wieder knapp 50 Ortsvereine, Unterbezirke sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete in ganz Hessen am Aktionstag Bildung. Sie suchten vor Ort das Gespräch mit Schülern, Eltern und Lehrern, verteilten rote Brotboxen, Stifte und Infomaterial und stießen auf viel positive Resonanz. Die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Heike Habermann, verteilte an drei Of-

fenbacher Gymnasien „G-8 Notfallsets“. Der Landtagsabgeordnete Timon Gremmels protestierte zusammen mit den Jusos in Vellmar für ein gerechteres Schulsystem. Thorsten Schäfer-Gümbel besuchte die Comeniuschule in Wiesbaden. Er war entsetzt über den schlechten Zustand der Schulgebäude und lobte die Lehrer für ihr Engagement. „In kaum einem anderen vergleichbaren Land der Welt hängen die Bildungschancen der

Kinder so stark vom Geldbeutel der Eltern ab wie bei uns. Das müssen wir ändern“, erklärte er im Anschluss. „Die Bildungschancen für junge Menschen müssen unabhängig vom Sparwahn der schwarzgelben Regierung verbessert werden. Deshalb bleibt das zentrale Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik, Chancengleichheit und bestmögliche individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.“ ■



FOTO: ANETTE MILAS

Timon Gremmels (MdB) protestierte mit den Jusos in Vellmar.

HISTORISCHE IDEEN AUF LEISEN SOHLEN

Bürger erhalten mehr Mitsprache auf EU-Ebene

von Barbara Weiler

Politische Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb der offiziellen Wahlen – wer könnte dagegen sein? Man muss ja nicht extra in die Schweiz schauen, auch bei uns gibt es auf lokaler Ebene vielfältige Modelle wie Bürgerhaushalte in Kommunen, zum Beispiel in Kassel, oder Referenden, beispielsweise gegen die Wasserprivatisierung wie in Hofbieber. Überall bringen sich engagierte Bürger und Betroffene in politische Entscheidungen ein.

Weiter oben wird die Zurückhaltung größer und die Erfahrung spärlicher. Nun kommt eine neue Idee. Im Rahmen des Vertrags von Lissabon wurde – auf Initiative des Europäischen Parlaments – eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) beschlossen. Diese nimmt nun Gestalt an, und es zeigt sich: Es gibt keine großen Hürden, keine unnötige Bürokratie und keine politische Polemik.

Bedingung wird voraussichtlich sein, dass eine Million Unterschriften von wahlfähigen Bürgern aus neun Mitgliedsstaaten zusammenkommen. Ich erwarte, dass die EBI spätestens am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft tritt. Dann ist der Weg frei für mehr Europa. Ideen gibt es genug: Verbot von Gentechnik, Finanztransaktionssteuer, Tiertransporte, arbeitsfreier Sonntag und, und, und ... ■



WIR GRATULIEREN UNSEREN BÜRGERMEISTERN

MANFRED APELL
Lahntal

CARSTEN ULLRICH
Sinnatal

DIRK HARDT
Driedorf

JOACHIM THIEMIG
Biedenkopf

TERMINE DES SPD-LANDESVERBANDES

4. Oktober 2010 Frankfurt, Forum Wirtschafts- und Finanzmarkt:
„Die Zukunft des Arbeitsmarktes“ mit Dr. Frank Martin (BA-Regionaldirektion Hessen)

25. Oktober 2010 Landesarbeitskreis Hochschulpolitik

15. November 2010 Forum Kirche und Politik

16. November, 19.00 Uhr, Wiesbaden, Hessischer Landtag, Verleihung des Georg-August-Zinn-Preises 2010 an Steffi Jones

25. November Forum Wirtschaft und Finanzmarkt: „Nachhaltige Wirtschaftspolitik“ mit Matthias Machnig

27. November, 10.00 Uhr, Gießen, Kongresshalle Ordentlicher Landesparteitag

5. bis 12. Dezember SPD-Woche für das bürgerschaftliche Engagement u. a. mit Veranstaltungen des Sportforums und des Forums Kirche und Politik

14./15. Januar 2011, Schlosshotel, Friedewald Hessengipfel

Mehr Infos unter E-Mail: Landesverband.Hessen@spd.de
Telefon: 0611 - 999 77-0

FINANZFORUM FRANKFURT GEGRÜNDET

Ende August stellten der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und der Vorsitzende der Frankfurter SPD, Gernot Grumbach, das SPD-Finanzforum im Frankfurter Opern Turm vor. Ziel des Finanzforums sei es, zur fachlichen Fundierung und öffentlichen Vermittlung sozialdemokratischer Finanzpolitik auf kommunaler Ebene beizutragen, so Dr. Niels Joeres, Sprecher des ehrenamtlichen „Working Group“ jüngerer Frankfurter SPD-Mitglieder, die zu meist in der Finanzwirtschaft und bei Finanzinstitutionen tätig sind. Das Forum steht auch Nichtparteimitgliedern offen. Infos und Termine unter:

www.spd-finanzforum.de. ■



FOTO: MUZZAFER YILMAZ

ERHARD EPPLER WIRBT FÜR SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Was ist mit einer Gesellschaft, in der Wettbewerb zu einem Grundprinzip geworden ist und die Solidarität ersetzt hat? Darüber diskutierten rund 80 Gäste aus den Kirchen und der SPD bei der ersten öffentlichen Veranstaltung des Forums „Kirche und Politik“ am 27. September im Frankfurter Haus am Dom. „Doch die Epoche des Marktstaats geht zu Ende“, machte Eppler Mut. Er warb für eine solidarische Gesellschaft. „Nur sie ist eine freie Gesellschaft.“ Eröffnet wurde das Forum von Thorsten Schäfer-Gümbel. ■



FOTO: PETRA OLIVER SCHOPP-STEINBORN

„VIELFALT STATT EINFALT“ AUSGEZEICHNET

Mit ihrem Kampagnenmotto „Vielfalt statt Einfalt – gemeinsam gegen Homophobie“ überzeugte die SPD die Jury des Frankfurter Christopher Street Days. Der gemeinsam von Schwusos und Jusos gestaltete Kampagnenwagen wurde von den Organisatoren für die gelungene Umsetzung des diesjährigen Mottos „Wir sind stolz auf unsere Vielfalt“ ausgezeichnet. ■

PERSONELLES

Felix Diehl wurde auf der ordentlichen Landeskonferenz der hessischen Jusos am 29. August zum neuen Landesvorsitzenden gewählt und ist damit Nachfolger von Björn Spanknebel. Felix Diehl war Stadtschulsprecher in Gießen und gehört dem Landesvorstand seit 2005 an. Der 26-Jährige arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Justus-Liebig-Universität Gießen.



Oliver Conz tritt als parteiloser Gemeinschaftskandidat von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Main-Taunus-Kreis zur Landratswahl an. Sie findet, wie die Kommunalwahl, am 27. März 2011 statt.

Christiane Pils hat die Landesgeschäftsstelle verlassen. Die langjährige Mitarbeiterin wurde auf einer Feier von Generalsekretär Michael Roth, dessen Vorgänger Norbert Schmitt und von aktuellen und ehemaligen Mitarbeitern verabschiedet. ■



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

Tag der Ortsvereine – Die Hofheimer Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang mit Thorsten Schäfer-Gümbel in Frankfurt.

ONLINE-DRUCKPORTAL

Erfolgreich angelaufen ist das Online-Druckportal zur Kommunalwahl. Für alle Gliederungen und Kandidaten in Hessen gibt es das Angebot, das Druckportal mit professionell gestalteten Vorlagen zur Gestaltung von eigenen Wahlkampfmaterialien zu nutzen. Weiter Infos unter Tel. 06 11-9 99 77-0 oder E-Mail:

landesverband.hessen@spd.de

VERANSTALTUNGEN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) HESSEN

Und raus bist Du...!? Homosexuell in Deutschland: Diskriminiert oder integriert?

07.10., 19.00 Uhr, Frankfurt, PresseClub

Kommunale Bildungsverantwortung – Die Bedeutung für Grundschulen in kommunaler Selbstverwaltung
07.10., 20.00 Uhr, Kassel, Plansecur

Engagement im Ehrenamt Dialektische Gesprächsführung
22.-24.10., Steinbach, Bildungsstätte Steinbach

Ländlicher Raum – die Herausforderung annehmen
27.10., 19.00 Uhr, Schauenburg-Elgershausen, Elgerhaus

Engagement im Ehrenamt Moderation von Gruppen
29.-30.10., Rotenburg, BKK Akademie

20 Jahre Wiedervereinigung
03.11., 19.00 Uhr, Eschwege, E-Werk PC Gießen

04.11., 20.00h, Gießen, Bootshaus

Kommunale Finanzen
10.11., 19.00 Uhr in Hofheim, Stadthalle

Frankfurter Mediengespräche
11.11., 20.00h, Frankfurt, Presseclub

Weitere Infos: Landesbüro Hessen, 06 11-34 14 15-0, www.fes.de/hessen

VERANSTALTUNG DER AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK (AFK) HESSEN

Sozialpolitik in der Kommune
06.10., 18.00 Uhr, Gießen

Seminar – Sehen – Wahrnehmen – Handeln (Grundlagen) 07.10., 9.00 Uhr, Gießen

Frauen in der Kommunalpolitik
27.10., 18.00 Uhr, Gießen

Wahrnehmungs- und Gesprächstraining
30.10., 9.00 Uhr, Gießen

Kommunalkonvent der AfK und der SPD-Landtagsfraktion 05.11., Romrod

Erfolgreicher Umgang mit Medien
06.11., 9 Uhr, Gießen

Präsentationstraining – 13.11., 9.00 Uhr, Gießen

Pressearbeit – 20.11., 9.00 Uhr, Gießen

Weitere Infos unter Tel. 0611-360 117 6, E-Mail: info@afk-akademie.de oder www.afk-akademie.de

HESSEN BRAUCHT EIN SCHLÜSSIGES INTEGRATIONSKONZEPT

MEHR INTEGRATIVE ELEMENTE IM BILDUNGSWESEN GEFORDERT

Als „Bausteine für ein schlüssiges Konzept einer modernen, an den Grundgedanken des gegenseitigen Respekts und der gleichberechtigten Teilhabe orientierten Integrationspolitik“ bezeichnete der integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz das von der SPD-Fraktion vorgelegte Grundsatzpapier „Integration für Hessen – 10 Punkte für Anerkennung und sozialen Zusammenhalt“. Die zehn Punkte seien im engen Dialog mit vielen integrationspolitischen Gesprächspartnern entwickelt worden.

„Das Schlüsselwort heißt Respekt!“

Integration beruhe auf Wechselseitigkeit. Ihre Grundlage ist „Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von kultureller Diversität“, so Merz. Ziel sei das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgeprägten Rechts- und Wertegemeinschaft.

Beteiligungsrechte sind Schlüsselstrategie

Die Schlüsselstrategie bei der Integration ist die politische und gesellschaftliche Partizipation. „Nur wer politische und

gesellschaftliche Beteiligungsrechte hat, wird sich als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft fühlen. Nur wer diese Rechte aber auch konstruktiv nutzt, wird tatsächlich ein gleichberechtigter Teil werden“, plädierte Merz für eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts und gleichzeitig für eine Stärkung der Rechte der Ausländerbeiräte sowie für eine stärkere Einbeziehung der Migrantinnen und Migranten in die zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Landesregierung bleibt Gesamtkonzept schuldig

Hessen brauche, so Merz, eine Integrationspolitik, die nicht in Einzelmaßnahmen stecken bleibe. „Unter der CDU-FDP-Regierung sind bislang nur punktuelle Maßnahmen und Modellversuche angeboten worden.“ Gemeinsam mit den Kirchen und Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege will die SPD die vorhandenen Migrationsfachdienste zu Integrationszentren umwandeln, in denen Fachleute unterschiedlicher Professionalität zusammenarbeiten. Aber auch die Altenhilfe stehe vor der Herausforderung, medizinische Versorgung, Betreuung und Pflege einer zunehmenden Zahl alter Menschen mit Migrationshintergrund kultursensibel auszurichten.

Kritik an Sarrazin

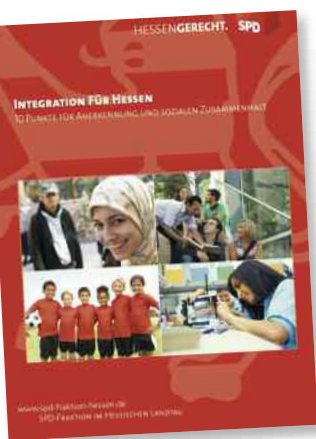
Thorsten Schäfer-Gümbel kritisierte die umstrittenen Äußerungen über Zuwanderer von Thilo Sarrazin. Wer Menschen aufgrund ihrer Herkunft zu intellektuell



Auf seiner Sommerreise besuchte Thorsten Schäfer-Gümbel mit Gerhard Merz und dem Frankfurter Stadtverordneten Turgut Yüksel die Baustelle der Hazrat-Fatima-Moschee in Praunheim.

FOTO: GERT-UWE MENDE

minderwertigen Gesellschaftsmitgliedern degradiere, erweise dem Integrationsgedanken „einen Bärendienst“. Die diskriminierenden Äußerungen seien für Sozialdemokraten inakzeptabel. „Populistische Thesen bergen die Gefahr, die teilweise erfolgreiche Integrationspolitik wieder um Jahre zurückzuwerfen“, kritisierte er Sarrazin. Mehr Beachtung sollte endlich der im Hessischen Landtag auf Initiative der SPD-Fraktion eingesetzten Enquetekommission Integration geschenkt werden. „Wir brauchen keine selbst ernannten Tabubrecher, um diese Diskussion zu führen – wir tun das längst“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. ■



TRANSPARENZBERICHT

Günter Rudolph, Parlamentarischer Geschäftsführer

Nach § 4 b des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags haben alle Abgeordneten ihre entgeltlichen Tätigkeiten neben ihrem Mandat anzuzeigen. Über diese Regelung hinaus hat die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag beschlossen, dass die 29 Abgeordneten alle entgeltlichen Tätigkeiten, die sie neben ihrem Mandat als Landtagsabgeordnete ausüben, zu veröffentlichen. „Der Transparenzbericht bietet die Chance, die Un-



FOTO: ALEXANDER PAUL ENGLERT

abhängigkeit der hessischen SPD-Abgeordneten objektiv zu beurteilen“, stellte der parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph fest. Das Bundesverfassungsgericht hatte diese Regelung für mehr Transparenz als verfassungsgemäß beurteilt. CDU und FDP hatten die weitergehende Veröffentlichungspflicht für Abgeordnete im Hessischen Landtag dagegen strikt abgelehnt.

www.spd-fraktion-hessen.de -> SPD-Fraktion -> Transparenzbericht ■



SCHULDENBREMSE IN DIE VERFASSUNG – VOLKSABSTIMMUNG AM 27. MÄRZ 2011

Die SPD hat Anfang September einen eigenen Vorschlag für die in Hessen geplante Schuldenbremse vorgestellt (Drs. 18/2732). Das Schuldenverbot dürfe nicht dazu führen, dass „staatliche Aufgaben – vor allem in der Bildung – nicht mehr erfüllt werden“, betonte der SPD-Fraktionschef. Staatsziele der Hessischen Verfassung – wie kostenfreier Unterricht, Schutz der inneren Sicherheit und Umwelt – dürften nicht ausgebremst werden. Sollten sich Einnahmen und Ausgaben des Landes durch Entscheidungen des Bundes verändern, müsse eine Neuverschuldung möglich sein. Scharfe Kritik übte der finanzpolitische Sprecher Norbert Schmitt. „Schwarz-Gelb gefährdet die Finanzierung der Kommunen.“ Die SPD wolle auch in Zukunft die aufgabengerechte Finanzierung von Städten und Gemeinden sicherstellen.

CDU und FDP im Hessischen Landtag hatten eine Verfassungsänderung vorgeschlagen, die dem Land Hessen ab dem Jahr 2020 das Schuldenmachen verbieten soll. Für den 3. November ist deshalb eine Anhörung in Wiesbaden beschlossen worden, um Vertreter von Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen und Sachverständige zu Wort kommen zu lassen. Geplant ist, dass die Volksabstimmung über die Schuldenbremse mit der Kommunalwahl am 27. März 2011 stattfinden soll. ■



Norbert Schmitt, MdL

VERFASSUNGS- WIDRIGE HAUSHALTE GEPLANT

Die vorgelegten Daten zur Finanzplanung des Landes Hessen offenbaren, dass die Landesregierung in den kommenden Jahren einen Verfassungsbruch plant. „Die vom CDU-Finanzministerium für die Jahre 2011, 2012, 2013 und 2014 vorgesehene Nettokreditaufnahmen übersteigen die Investitionen des Landes und sind entsprechend verfassungswidrig“, kommentierte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Norbert Schmitt die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung. Der Finanzplan sei ein Offenbarungseid und zeige, dass die Landesregierung nicht mehr in der Lage sei, ordnungsgemäße Haushalte zu erstellen. Auch im Jahre 2014 noch 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen zu wollen, zeuge von einer gehörigen Unverfrorenheit. „Die von CDU und FDP geplante Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung ist leider nur Rhetorik“, sagte Schmitt. In der eigenen Regierungszeit gegen die gültige Verfassung zu verstoßen, um für das Jahr 2020 einen Haushalt ohne Defizit zu versprechen, sei reine Augenwischerei. ■

QUALITÄT MUSS VOR KOMMERZ KOMMEN

SPD STELLT KRANKENHAUSGESETZ VOR

Für Hygiene, Behandlungsqualität, Vermeidung von Komplikationen und menschliche Zuwendung im Krankenhaus muss vor allem genug Personal vorhanden sein“, forderte Dr. Thomas Spies. Zwanzig Prozent mehr Fälle stehen heute fünfzehn Prozent weniger Pflegekräfte gegenüber als zu den Zeiten, als vom Pflegenotstand die Rede war, stellte der gesundheitspolitische Sprecher fest. CDU und FDP müssten ihre Verantwortung wahrnehmen und diesen Missstand endlich durch gesetzliche Personalstandards beseitigen.

Der stellvertretende Vorsitzende der

SPD-Landtagsfraktion stellte Anfang September die Eckpunkte der SPD-Fraktion für ein modernes Krankenhausgesetz vor. „Für die SPD stehen Sicherheit und Schutz der Patientinnen und Patienten an erster Stelle.“ In der Lockerung der Hygienevorgaben sieht der Mediziner ein völlig falsches Signal. „30.000 Menschen versterben jedes Jahr an Infektionen, die sie sich im Krankenhaus zugezogen haben“, sagte Spies. Hygienemängel und Fehler in der medizinischen Behandlung könnten vermieden werden, wenn nicht immer wieder wirtschaftlicher Druck zu immer stärkerem Personalabbau führe. ■



SMILEYS FÜR HESSEN

HESSEN IST SCHLUSSLICHT BEI LEBENSMITTELKONTROLLEN



Die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin Petra Fuhrmann hat die Einführung eines einheitlichen Gütesiegels für Lebensmittelsicherheit gefordert. Jede Woche würden amtliche Lebensmittelkontrolleure mindestens 60 Verstöße gegen Hygiene-, Gesundheits- und Deklarationsvorschriften in Hessen feststellen. Doch die Kunden würden in der Regel nicht erfahren, „ob in ihrem Lieblingsrestaurant oder dem Imbiss nebenan alles in Ordnung ist“.

Die SPD-Fraktion verlangt, dass die Untersuchungsergebnisse aller Lebensmittelkontrollen in der Gastronomie und in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben sowohl in den Unternehmen als auch im Internet veröffentlicht werden.

Fuhrmann forderte die Verbraucherschutzministerin Lucia Puttrich (CDU) auf, das bewährte dänische Smiley-System in Hessen verpflichtend einzuführen und gegebenenfalls das dafür notwendige Personal aufzustocken (Drs. 18/2820).

In Dänemark gibt es ein vier- bzw. fünfstufiges System, das alle Kontrollresultate berücksichtigt, und es werden alle Ergebnisse a) als Aushang im Betrieb und b) im Internet zeitnah veröffentlicht.

Zusätzlich gibt ein Kommentarfeld darüber Auskunft, was geprüft wurde und mit welchem Ergebnis. Der Betrieb hat auf dem Dokument die Möglichkeit, Stellung zu etwaigen Beanstandungen zu nehmen. ■



FOTO: TILMAN HENNING

Anti-AKW-Protest in Berlin: 100.000 sagen „Schluss jetzt!“ Die Bundestagsabgeordnete Ulrike Gottschalck und der Landtagsabgeordnete Timon Gremmels (beide Landkreis Kassel) demonstrierten zusammen mit Sigmar Gabriel und 100.000 Menschen in Berlin gegen die Atompolitik der Bundesregierung.

CDU UND FDP BESCHLIESSEN LÄNGERE LAUFZEITEN FÜR KERNKRAFTWERKE – ACHT JAHRE VERLÄNGERUNG FÜR BIBLIS A UND B

Frankfurter Rundschau Der Mief der alten Republik

Süddeutsche Zeitung Merks Atom-Unsinn

Frankfurter Allgemeine Geheimabkommen von Regierung und Energiekonzernen

ONLINE FOCUS

Regierung hält Bundesratszustimmung für unnötig?

DIE ZEIT Störfall Röttgen

TAG DER OFFENEN TÜR



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

Heike Hofmann (MdL) Anfang September beim Tag der offenen Tür im Hessischen Landtag.



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

Die Abgeordneten Dr. Michael Reuter und Ernst-Ewald Roth standen am Infostand der SPD-Fraktion Rede und Antwort.

SPD LEGT SCHULGESETZENTWURF VOR FÜR CHANCENGLEICHHEIT UND BILDUNGSGERECHTIGKEIT IN HESSEN

Der SPD-Entwurf zum Hessischen Schulgesetz (Drs. 18/2864) für „Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in Hessen“ setzt die Programmatik der SPD in einen umfassenden Gesetzwurf um. „Damit stellen wir die Weichen für ein modernes, gerechtes Bildungssystem, das die individuelle Förderung des Kindes in Hessen in den Mittelpunkt stellt und notwendige Bildungschancen eröffnet“, stellte die schulpolitische Sprecherin Heike Habermann bei der Vorstellung des Entwurfes fest. Ziel sei es, das Schulsystem auf das Kind auszurichten.

Kernpunkte der Gesetzesinitiative sind ein längeres gemeinsames Lernen und die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen. Außerdem soll die völlig verfehlte Verkürzung der gymnasialen Schul-



zeit (G8) zurückgenommen werden. Individuelle Förderung wird zum Grundprinzip erhoben und das längere gemeinsame Lernen mit der erweiterten Realschule und der Gemeinschaftsschule gestärkt. Außerdem wird die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung in diesem Gesetzentwurf umgesetzt. „Es gibt Alternativen zum Regierungshandeln von CDU und FDP“, stellte Habermann fest.

Der von der SPD vorgestellte Gesetzentwurf wurde bereits auf dem „Bildungs-

forum 2010“ in Wiesbaden diskutiert und wird nun in ein breites Beteiligungsverfahren gegeben. „Wir laden darüber hinaus alle politischen Parteien ein, sich an dieser Debatte zu beteiligen“, sagte Habermann.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Thorsten Schäfer-Gümbel hat Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) sowie die Fraktionen im Hessischen Landtag zur Diskussion über den Gesetzentwurf eingeladen. „Wir wollen den neuen Ministerpräsidenten beim Wort nehmen, der uns bei seiner Wahl eine sachorientierte Debatte und eine ernsthafte Diskussion bei allen Themen angeboten hatte. Seine erste Reaktion auf mein Gesprächsangebot ist leider mehr als verhalten.“ ■



Ein Kommentar von Jochen Nagel, Landesvorsitzender GEW Hessen

RECHT AUF GUTE BILDUNG FÜR ALLE

Von der Verwirklichung des Rechts aller Kinder und Jugendlichen auf eine bestmögliche Bildung sind wir in Hessen weit entfernt. Sowohl das gesplante Schulwesen als auch die chronische Unterfinanzierung im Bildungsbereich stehen dem massiv entgegen. Deshalb geht es der GEW darum, durch Verbesserung der Steuereinnahmen einen handlungsfähigen Sozialstaat zu sichern. Deshalb ist es wichtig, das gesplante Schulwesen grundlegend zu überwinden. Ziel ist eine gut ausgestattete Schule für alle, die demokratisch und nicht betriebswirtschaftlich verfasst ist. ■

BILDUNG DARF NICHT AN DER HERKUNFT SCHEITERN

Aufgabe der Bildungspolitik sei es, jedem einzelnen Kind den Weg zu einem möglichst hohen Bildungsabschluss zu öffnen und zu unterstützen, so die bildungspolitische Sprecherin Heike Habermann. Die SPD hat deshalb Anfang September einen Gesetzentwurf zum Hessischen Ausbildungsförderungsgesetz vorgelegt, der die Erstattung der Fahrtkosten auch nach dem Abschluss der Mittelstufe vorsieht. Bislang sind Fahrtkostenzuschüsse für Oberstufenschüler nicht vorgesehen. Kern des Gesetzes ist eine finanzielle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien ab

dem Schuljahr 2011/2012, aus denen Kosten für Schulzwecke beglichen werden können. Dazu zählten neben Fahrtkosten zur Schule auch Lernmittel wie Arbeitshefte und Aufgabensammlungen, Fachliteratur, Arbeitsmaterialien oder auch Kosten für die häuslichen Vorbereitungen wie Gebühren für einen Internetzugang. Zur Berechnung des Anspruchs auf Landesförderung habe die SPD auf die Regelungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) zurückgegriffen, um eine reibungslose Abwicklung des HAföG über die bestehenden BAföG-Ämter in den Landkreisen zu ermöglichen. Habermann forderte CDU und FDP zu ei-

ner konstruktiven Beratung des Gesetzentwurfs im Interesse der Kinder auf (Drs. 18/2714). ■



Dr. Judith Pauly-Bender und Heike Habermann beim Tag der offenen Tür in Wiesbaden.

TIERSCHUTZBEWUSSTSEIN IN HESSEN AUSGEPRÄGT

Aber 300 Interessierte folgten am 24. September der Einladung der tierschutzpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Judith Pauly-Bender, und Vertretern des Landestierschutzverbandes und besuchten im Hessischen Landtag die Veranstaltung „Tier-



Dr. Judith Pauly-Bender (MdL) freut sich über die große Resonanz.

schutz aktuell“. Gastredner des Abends waren Udo Ganslößer und Günther Bloch, zwei anerkannte Kynologen, die umfassend über deutsche Hundehalterkunde referierten. Der große Zuspruch von Hundeschulen, Tierärzten, Therapeuten, tierschutzbewussten praktizierenden Wesenstestern in Hessen, der hessischen Polizeihundestaffel, verschiedener kommunaler Ordnungsbehörden, dem Hundesport, dem VDH, den Tierheimen, den Tierschutzvereinen und Organisationen, dem Landestierschutzbeirat und auch aus der Politik zeige, so Pauly-Bender zum Abschluss der Veranstaltung, wie ausgeprägt das Tierschutzbewusstsein in Hessen sei. ■

SPD, Grüne und Tierschutzverbände laden ein:

„Halterschulung – wir brauchen sie!“
Dienstag, 23. 11. 2010
ab 19.00 Uhr (Einlass 18.00 Uhr)
Hessischer Landtag, Wiesbaden
Begrüßung: Dr. Judith Pauly-Bender, MdL
Referenten: Michael Grewe (Trainer)
Dr. Dorit U. Feddersen-Petersen (Fach-tierärztin)
Moderation: Dr. Hans-Jürgen Kost-Stenger,
Mike Ruckelshaus
Schlusswort: Ursula Hamann, MdL

Anmeldung bis 12.11.:
E-Mail R.Martin@ltg.hessen.de;
Telefon: 0611-350505.



AKTIVE POLITIK FÜR ZUSAMMENHALT

GROSSSTADTKONGRESS AM 22. OKTOBER IN FRANKFURT

In unseren Städten entwickeln sich zunehmend gesellschaftliche Parallelwelten. „Diese Spaltung zu stoppen und umzukehren, ist eine zentrale Aufgabe der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik“, forderte Thorsten Schäfer-Gümbel anlässlich der Vorstellung des Positionspapiers „Hessengerecht: Die Stadt von morgen heute gestalten“. Dieses Papier ist Grundlage des SPD-Kongresses „Die Stadt von morgen heute gestalten“, der am 22. Oktober in Frankfurt stattfindet und vom Münchner Oberbürgermeister und Gastredner Christian Ude eröffnet wird.

Eine der zentralen Aufgaben der Landespolitik sei es, die kommunale Handlungsfähigkeit zu sichern. Die räumliche und kulturelle Trennung von Arm und Reich, von Alteingesessenen und Zuge-

wanderten, von Alt und Jung, von Hochqualifizierten und Wenigqualifizierten müsse stadtplanerisch, bildungspolitisch und durch politische und kulturelle Teilhabe gestoppt und überwunden werden. Eine Schlüsselrolle komme deshalb der Bildungspolitik zu. Hohen Veränderungsdruck sieht die SPD-Fraktion im Hinblick auf die Energie- und Verkehrspolitik in den Städten. Aber auch das Thema „Mobilität in den Städten“ bleibe Dauerthema. In ihrem Grundsatzpapier forderten die Sozialdemokraten eine aktive Wohnungspolitik. Bezahlbarer Wohnraum,



auch für Menschen mit mittlerem Einkommen, trage dazu bei, dass kein Stadtteil innerlich oder äußerlich verwaht.

„Städte sind Katalysatoren für Wirtschaft, Wertschöpfung und Arbeit“, stellte der Vorsitzende der Frankfurter SPD, Gernot Grumbach,

fest. Stadtpolitik verstünden Sozialdemokraten deshalb auch als „aktive Wirtschaftsförderung“. Ein gutes Beispiel für Frankfurt sei die Entwicklung der Kreativwirtschaft. „Dies wollen wir unterstützen und sprechen uns deshalb für ein ‚house of creativity‘ aus“, sagte Grumbach. ■

SCHNELLSTER MÄRCHENERZÄHLER



FOTO: PRIVAT

Genau drei Minuten und acht Sekunden brauchte Steffen Eckel am Märchensonntag in Steinau an der Straße, um den „Froschkönig“ zu erzählen. Damit dürfte der 35-Jährige einen Weltrekord erzielt haben. Vor zwei Jahren hatte sein Widersacher, Professor Paul Plapper, vier Minuten und 15 Sekunden für den Froschkönig benötigt. Das Märchenerzählen ist für Eckel ein nettes Hobby. Im Hauptberuf ist der 35-Jährige Mitarbeiter des hessischen Landtagsabgeordneten Heinz Lotz. Sein Rezept, „damit die Wörter schneller flutschen“, ist „jeden Tag fleißig üben und Erdbeerschokoladenöl trinken“. ■

AUF EINE TASSE KAFFEE MIT TSG

Ein neues Format der politischen Kommunikation bietet die hessische SPD-Landtagsfraktion auf ihrer Webseite www.spd-fraktion-hessen.de seit Anfang September. In lockerer Folge kommentiert der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel unter dem Motto „Auf eine Tasse Kaffee mit TSG“ aktuelle politische Themen und antwortet auf Fragen, die ihm über „Twitter“ oder „Facebook“ gestellt werden.

www.spd-fraktion-hessen.de
-> Videos

Beim „vorwärts“-Sommerfest in Berlin gratulierte Thorsten Schäfer-Gümbel Uwe Knüpfer zu seiner Benennung als neuen „vorwärts“-Chef. Die SPD wolle den journalistischen Auftrag des „vorwärts“ bestärken, hatte zuvor die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles erklärt. Der 55-Jährige war u. a. Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Essen. Knüpfer tritt die Nachfolge von Uwe-Karsten Heye (69) an, der aus Altersgründen zum 31. September die „vorwärts“-Redaktion verlässt.

PERSONELLES



FOTO: PRIVAT

Katja Apelt (38) ist neue Pressesprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und der SPD Hessen. Die gelernte Journalistin kennt das Innenleben der Partei durch ihre langjährige Arbeit in verschiedenen Gremien, hat sich aber dennoch einen frischen Blick von außen bewahrt.

SPD IN „FACEBOOK“

Die SPD-Fraktion und der Landesverband sind seit Anfang September auch auf Facebook aktiv. Einfach „SPD-Fraktion Hessen“ bzw. „SPD-Hessen“ in die Suchmaske eingeben und anschließend auf unseren Seiten „Gefällt mir“ anklicken, dann erhaltet ihr unsere aktuellen News in euren Facebook-Profilen. Wir würden uns freuen, wenn ihr unsere Facebook-Seiten in eurem Bekannten- und Freundeskreis weiterempfiehlt.
www.facebook.com/spdlandtagsfraktionhessen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Petra Tursky-Hartmann, Oliver Schopp-Steinborn, Michael Fraenkel

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN